

Nr. 1

Diskussionspapier

Deutsche Parteienlandschaft im Umbruch

I. Die Linke ist in Gesamtdeutschland angekommen – Der SED-Nachfolgepartei, der PDS, ist mit der Integration der WASG siebzehn Jahre nach der Einheit die von ihr seit 1990 erstrebte „Westausdehnung“ gelungen. Der Einzug in westdeutsche Landesparlamente wie Bremen, Hessen und Niedersachsen verdeutlichen diese Entwicklung. 2009 wird die Linke in Thüringen, Sachsen, Brandenburg und dem Saarland in die Regierungsverantwortung drängen. Mandatsträger und Aktivisten der Linkspartei sind heute Menschen mit ostdeutscher sowie westdeutscher Biographie. Die Linke wird im Bundestag und in vielen Landesparlamenten in Zukunft einen festen Platz einnehmen.

II. Die großen Volksparteien verlieren ihr Fundament - Zahlreiche Mitglieder der SPD hatten bereits unter dem Bundeskanzler Gerhard Schröder im Zuge der Debatte um die Agenda 2010 die SPD verlassen und sind heute Funktions- und Mandatsträger der Linken auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene. Die SPD hat ihre Bindungskraft im linkspolitischen Spektrum verloren. Dass die SPD eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf Bundesebene ablehnt, ist eine Frage der Zeit. In naher Zukunft wird in Deutschland das linke Parteienspektrum aus zwei fast gleichgroßen Linksparteien bestehen.

Die Union verliert kontinuierlich an Mitgliedern. Seit 1993 hatte die Union mehr als 230.000 Mitglieder verloren. Analog dazu sinken im dramatischen Ausmaß die absoluten Zahlen an Wählerstimmen. Bei den drei Landtagswahlen im 1. Quartal 2008 in Hessen, Niedersachsen und Hamburg verlor die CDU bei insgesamt über 850.000 Menschen die Zustimmung. Ebenso besorgniserregend ist die Zahl der Nichtwähler. Von den insgesamt ca. 11,7 Millionen Wahlberechtigten in diesen drei Bundesländern gingen über 4,6 Millionen Menschen nicht zur Wahl. Die Union konnte bei den zurückliegenden Landtagswahlen weder von anderen Parteien dazu gewinnen, noch konnte sie neue Wählerschichten, etwa junge Frauen oder Hartz-IV-Empfänger, erschließen. Stattdessen kehrt das klassische Stammwähler-Klientel, die Mittelständler, Arbeitnehmer und ältere Menschen, der Union zunehmend den Rücken.

III. Großen Koalition - Union ohne Profil - Vor dem Hintergrund einer steigenden Arbeitslosigkeit, weltweiter Standortkonkurrenz und massiven Finanzierungsproblemen der Sozialversicherungen war die Union zur Bundestagswahl 2005 mit einem beachtlichen Reformprogramm angetreten. Eckpunkte waren ein gerechtes Steuersystem, eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, ein dereguliertes Arbeitsrecht und eine Reform zur Zukunftssicherung der gesetzlichen Altersversorgung. Das damalige Wahlergebnis führte in die

große Koalition, eine Wahlanalyse wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Eckpunkte des Unionsprogrammes wurden weder annähernd umgesetzt, noch wurde in der Öffentlichkeit an diesem Reformprogramm orientiert in den zurückliegenden 2 ½ Jahren die programmatischen Unterschiede zwischen den beiden großen Volksparteien durch die Unions-Führungsspitze verdeutlicht. Stattdessen entstand zwischen der Regierungspolitik der Großen Koalition und der programmatischen und inhaltlichen Beschlusslage der Union eine riskante Diskrepanz. Die Politik der großen Koalition brachte in den vergangenen 2 ½ Jahren die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik, die Einigung auf den planwirtschaftlichen Gesundheitsfonds, einen Systembruch in der Rentenpolitik und die Einführung von Mindestlöhnen. Dies führt zu einer Desorientierung der Mitglieder und Wähler, zur Verunsicherung über den Kurs der Union und einem Bild der Beliebigkeit und mangelnder Glaubwürdigkeit.

IV. Die Union kann mit linksorientiertem Kurs nicht punkten – Die Union konnte in den zurückliegenden Landtagswahlen und Umfragen nicht dadurch punkten, dass sich ihr Fokus in den letzten 2 ½ Jahren vornehmlich auf die Leistungsempfänger statt auf die Leistungserbringer unserer Gesellschaft ausgerichtet hat. Weder eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, eine Abkehr von der Rentenformel, ein Elterngeld noch andere systematisch fehlerhafte Entscheidungen haben der Union den gewünschten Erfolg in den entsprechenden Wählerschichten gebracht. Stattdessen hat sie bei den klassischen Wählerschichten an Zustimmung verloren. Das erfolgreiche Abschneiden der Union bei den zurückliegenden Landtags- und Bürgerschaftswahlen war vielmehr allein auf die jeweiligen Spitzenkandidaten und die regionalen Gegebenheiten zurückzuführen. Diejenigen in der Union, die für eine umfassende Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft eintreten, haben deshalb nicht den geringsten Anlass, sich an den Rand drängen zu lassen. Nicht dieser Programmentwurf ist gescheitert, sondern die kurzatmige, widersprüchliche und inkonsequente, ausschließlich an taktischen Überlegungen und Machtinteressen geknüpfte Politik der Großen Koalition. Die Aufgabe zu Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft bleibt unerledigt und ohne Abstriche notwendig und Erfolg versprechend.

IV. Systemfrage: demokratische Grundordnung oder sozialistischer Staat - Noch wird das Bild der Union in der Großen Koalition überdeckt durch die Dominanz der Kanzlerin im politischen Alltagsgeschäft, die derzeitige Selbstdemontage der SPD und eine wirtschaftliche Erholung, die auch den Arbeitsmarkt erfasst hat. Doch diese Decke wird immer dünner. Der Aufschwung schwächt sich ab, die internationale Finanzkrise hat den Optimismus beseitigt und der Konjunktur fehlt das binnenwirtschaftliche Standbein. Im Vordergrund steht jetzt das Bewusstsein der Mehrheit, am Aufschwung nicht teilzuhaben, die Angst vor dem sozialen Abstieg. Zudem wählen die Bürger in Deutschland nicht den Spitzenkandidaten, sondern machen ihr Kreuz bei einer Partei.

Die Union hat zwei für die Partei sowie für das Land zukunftsentscheidende Aufgaben zu bewältigen. Erstens muss sie sich mit der Programmatik der Linkspartei auseinandersetzen. Anderenfalls droht dem Populismus der Linkspartei ein derart großer Zulauf, dass es am Ende dieser Entwicklung zu einer Systemfrage ‚Soziale Marktwirtschaft und demokratische Grundordnung‘ vs. ‚Planwirtschaft und sozialistischer Staat‘ kommen könnte. Zweitens muss sie der zunehmenden Unsicherheit und den Abstiegsängsten vieler Menschen offensiv entgegentreten und ein erkennbares, glaubwürdiges und klares Programmangebot zur Gestaltung der Zukunft unterbreiten unter dem Leitgedanken: Wohlstand für Alle durch Wachstum und Reformen.

Auseinandersetzung mit der Linkspartei

V. Auseinandersetzung mit der Linkspartei unerlässlich - Die Union befindet sich im Irrtum, wenn sie glaubt, die Auseinandersetzung mit der Linkspartei der SPD und den Grünen überlassen zu können. Früher gab es unter den Volksparteien die Arbeitsteilung: Die CDU kümmert sich darum, dass auf der rechten Seite des politischen Spektrums neonazistischer Extremismus keine Chance bekommt, und die SPD ist für die Niederhaltung der Kommunisten verantwortlich. Diese Denkweise ist überholt. Vor allem die Sozialpolitik, aber auch vereinzelt außenpolitische Forderungen der Linken stoßen heutzutage auf Akzeptanz im bürgerlichen Lager und somit bei der politischen Klientel der Unionsparteien.

VI. Das grundlegende Ziel der Linkspartei - Die Linke strebte einen sozialistischen Staat an. Ziel ist die Veränderung der Gesellschaft und der freiheitlichen Grundordnung. Im Grundsatzprogramm heißt es: "Die Politik der Linkspartei.PDS soll dazu beitragen, ... Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern ... Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine Politik ein, die ... auf einen prinzipiellen Umbau der Gesellschaft zielt." Die Linke stellt damit unsere gesellschaftliche Ordnung, die Soziale Marktwirtschaft und Teile des Grundgesetzes in Frage.

VII. Die Strategie der Linkspartei - Ihre Ziele will sie durch eine langfristig angelegte Strategie erreichen. Auf kommunaler Ebene bemüht sie sich um das Bild einer bürgernahen Partei, arbeitet über Netzwerke und bedient sich lokaler Strukturen. Auf Bundesebene will sie in dem Fünf-Parteien-System die Ampel auf Rot-Rot-Grün stellen. Der Linken ist bewusst, dass für eine solche Koalition ein bestimmtes Meinungsklima im Land unerlässlich ist. Um dieses Klima herbeizuführen, setzt sie auf außerparlamentarische Kampagnen gegen die Regierungspolitik der Großen Koalition. Diese treiben den Differenzierungsprozess in der SPD voran. Die Linke ist organisatorisch, personell und finanziell in der Lage, solche Kampagnen zu führen, wie das Beispiel Mindestlohn zeigt. Es gilt daher auch für das bürgerliche Lager, die Strategie und Taktik der Linkspartei einer breiten Öffentlichkeit transparent zu machen, um somit ihre Forderungen als das zu entlarven, was sie in erster Linie sind: populistisch und unseriös.

VIII. Populismus der Linkspartei - Als Mittel bedient sich die Linkspartei des Populismus. Sie betreibt eine um „Volksnähe“ bemühte Politik, die Unzufriedenheit, Ängste und aktuelle Konflikte für ihre Zwecke instrumentalisiert, an Instinkte appelliert und einfache Lösungen propagiert, wobei verantwortungsethische Gesichtspunkte und Aspekte der praktischen Realisierbarkeit weitgehend außer acht gelassen werden. Zielgruppe der Linkspartei sind soziale Schichten und gesellschaftliche Gruppen, die sich durch die bestehende gesellschaftliche Ordnung benachteiligt sehen. Durch das Schüren von Neid und Maßlosigkeit gelingt es ihr, dass sich dieser Gruppe immer mehr Menschen anschließen.

IX. Populismus der Linkspartei als unseriös entlarven - Die Linkspartei zeigt sich sehr freizügig bei der Gewährung vermeintlicher sozialpolitischer Wohltaten. „BAföG für alle Studenten“, „Anhebung von Hartz IV auf 420 Euro monatlich“ oder „Erhöhung des monatlichen Kindergeldes auf 250 Euro je Kind“ sind nur einige der populistischen Forderungen, mit denen die Partei Die Linke auf Wählerfang geht. Die Linke betont das im Einzelfall Wünschbare und blendet das Machbare und Vertretbare aus. Einzelinteressen werden gegen das Interesse der Gesellschaft ausgespielt. Es wird vorgegaukelt, dass jeder Einzelne seine Wünsche auf Kosten der Gemeinschaft

erfüllt bekommen kann. Die Summe aller Einzelinteressen ist aber nicht identisch mit dem Wohl der Gemeinschaft. Alles soll möglich sein, bei gleichzeitiger Reduzierung sowohl der Wochen-, als auch der Lebensarbeitszeit. Bei vollem Lohnausgleich und einem gesetzlichen monatlichen Mindestlohn von mindestens 1.400 Euro brutto werden die 30-Stunden-Woche und der Renteneintritt mit 60 Jahren angestrebt. Die Kosten der Linken-Politik wären mit den bisherigen Einnahmen nicht annähernd abzudecken. Zwangsläufige Folge: Wir alle müssten deutlich mehr Steuern zahlen und die Staatsverschuldung würde deutlich steigen. Die Realisierung der Versprechungen der Linkspartei zögen Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen von jährlich mindestens 200 Milliarden Euro nach sich. Dies entspricht mehr als zwei Drittel des Bundeshaushaltes. Allein um dies zu finanzieren, müsste die Mehrwertsteuer – statt sie zu senken – theoretisch auf über 40 Prozent angehoben werden.

Angebot der Union an die Wählerinnen und Wähler– Wohlstand für Alle durch Wachstum und Reformen

X. Markenkern der Union sichtbar machen - Auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft müssen Antworten gegeben werden auf die heutigen Problemlagen der Menschen. Bei der großen Mehrheit der 27 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist der wirtschaftliche Aufschwung nicht angekommen –dafür aber die Steuer-, Abgaben- und Preiserhöhungen. Gleiches gilt für die Rentnergeneration und den größten Arbeitgeber Deutschlands – den deutschen Mittelstand. Arbeitssuchende in unserem Land sehen sich einer starren Gesetzgebung und Arbeitsmarktpolitik gegenüber, die vielmehr darauf ausgerichtet ist, sich mit der Arbeitslosigkeit zu arrangieren, als sich durch eine Jobaufnahme einen lohnenden Verdienst zu verschaffen. Die junge Generation wird durch die ungelöste Problemstellung der Sozialen Sicherungssysteme sich selbst überlassen und resigniert angesichts der zunehmenden Abgabenlast an die staatlichen Sicherungssysteme bei gleichzeitiger Notwendigkeit des Aufbaus einer privaten Kapitalvorsorge.

XI. Die Union hat Problemlösungskompetenz - Die Union kennt nicht nur die Probleme der Bevölkerung, sie hat mit Blick auf ihre Programmatik und die zurückliegenden Parteitagebeschlüsse auch die notwendige Problemlösungskompetenz anzubieten. Die Union muss daher die verbleibende Zeit bis zur Bundestagswahl 2009 nutzen, ihren starren Blick auf das Alltagsgeschäft innerhalb der Großen Koalition zu lösen und ihren eigenständigen, erfolgreichen Markenkern – das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft – gegenüber den Bürgern unseres Landes wieder sichtbar und verständlich machen. Sie muss ihre programmatischen Vorstellungen ganzheitlich transportieren, anstatt sich von Einzelvorschlägen und tagesaktuellen Einzelforderungen an den Rand der Profillosigkeit treiben zu lassen.

XII. Rückbesinnung auf eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik – Die Unionsführung muss sich auf eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik zurückbesinnen. Nur dann werden Leistung, Bildung und Fleiß wieder Garanten für eine auskömmliche, erfolgreiche und freiheitliche Lebensgestaltung. Eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik muss die Rahmenbedingungen für Wettbewerb und Eigenverantwortung, für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie für Deregulierung und stärkere Privatisierung schaffen. Der Staat muss sich zukünftig auf seine Kernaufgaben beschränken. Chancengerechtigkeit und Solidarität sind nur möglich auf dem Fundament einer guten Wirtschaftspolitik. Sozialleistungen sind nur möglich, wenn ausreichend

Steuern und Abgaben erwirtschaftet werden. Die Soziale Marktwirtschaft ist das beste Konzept für soziale Gerechtigkeit, weil sie die beste Politik für Wachstum und Beschäftigung ist. Nur auf diesem Fundament bewältigen wir die Daueraufgabe, die uns Ludwig Erhard einst aufgetragen hat: "Wohlstand für Alle" in Deutschland".

XIII. Für eine nachhaltige Politik der Reformen - Die Union muss eine nachhaltige Politik der Reformen vertreten. Dies bedeutet die Rückkehr zu einer ganzheitlichen und grundsätzlichen Politik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Die staatliche Umsorgung muss überall dort abgebaut werden, wo der Einzelne für sich selbst sorgen kann. Wir brauchen eine demografiefeste Reform unserer sozialen Sicherungssysteme, welche die Eigenverantwortung wieder stärkt und individuellen Leistungspotentialen den notwendigen Freiraum schafft. Es muss als wesentliche Aufgabe der Politik verstanden werden, die Bürger von der Notwendigkeit und Richtigkeit von Reformen zu überzeugen. Die eigene Zukunftssicherung ist zu erklären und auch gegen Widerstände durchzusetzen. Alles andere bedeutet Stillstand.

Aufstellung der MIT

XIV. Die MIT ist das marktwirtschaftliche Gewissen der Union. Es ist Aufgabe der MIT, darauf zu drängen, dass die Union die Leistungsträger - die gesellschaftliche Mitte - wieder in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt. Zur Mitte der Gesellschaft gehören all jene Menschen, die in unserem Land die Kinder groß ziehen, arbeiten, Steuern zahlen und sich an die Regeln halten. Dort sind Wähler zu gewinnen, nicht an den Rändern der Gesellschaft. Die gesellschaftliche Mitte braucht einen freiheitlichen Ordnungsrahmen. Wohlstand ist nur durch individuelle Leistung zu sichern. Dazu sind Freiheit und ein marktwirtschaftliches System erforderlich. Die reale Wirtschaftsordnung wird den Anforderungen an eine Soziale Marktwirtschaft heute nicht mehr gerecht. Als marktwirtschaftliches Gewissen der Union ist es die Pflicht der MIT, auf eine ganzheitliche, nachhaltige Politik zu drängen, die wieder Freiraum schafft für die Erzeugung einer möglichst großen Wertschöpfung innerhalb unserer Wirtschaftsordnung.

XV. Die MIT ist der Motor der Reformpolitik innerhalb der Union. Reformen sind insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich der Sozialen Sicherungssysteme und der Steuerpolitik unumgänglich. Derzeit überwiegen in weiten Teilen der Mittelschicht die Furcht vor dem Abstieg und die Resignation. Denn das Versprechen von der Leistung, die sich lohne, gilt heute nicht mehr. Es ist endlich Zeit für Rahmenbedingungen, bei denen sich das Einkommen eines Leistungsträgers wieder deutlich von den verfügbaren Mitteln eines Leistungsempfängers unterscheidet. Leistung, Arbeitskraft und investierte Zeit müssen sich endlich wieder lohnen. Unsere Leistungsträger müssen von Steuern und Abgaben entlastet werden. Sie müssen die Gewissheit zurückgewinnen, dass das Ergebnis der Arbeitsleistung zuerst das eigene Portemonnaie füllt, Garant für mehr Wohlstand ist und die Schaffung von Eigentum ermöglicht. Denn dies ist die Voraussetzung für eine starke Mitte.

XVI. Die MIT steht für eine wertorientierte Politik. Die Mitte ist eine wertorientierte gesellschaftliche Gruppe. Sie ist nicht beliebig und nicht indifferent. Sie sucht ein Politikangebot, bei der die Familie und die Ehe, das Miteinander der Generationen, das christliche Wertefundament und die Verantwortung des Einzelnen die Grundpfeiler für eine freie und

solidarische Gesellschaft bilden. Die MIT sieht ihre Aufgabe darin, innerhalb der Union für diese wertorientierte Politik einzutreten. Die Mittelschicht benötigt wieder Zuversicht, Mut und den Freiraum, sich zu entfalten. So lange ein ungerechtes Bildungssystem, Staatsdirigismus, staatlich verordnete Wettbewerbsverzerrung und ein erstarrter Arbeitsmarkt den Aufstieg „von unten“ verhindern, wird die Mitte weder ihre Auszehrung noch ihre Angst vor dem Absturz überwinden. Wir aber wollen eine starke bürgerliche Mitte, die voller Elan, Optimismus und Risikobereitschaft die Zukunft Deutschlands wieder in die Hand nimmt.

MIT-Bundesvorstand, 16. Mai 2008